

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: LONRW@t-online.de



Landsmannschaft Ostpreußen, Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf

An die
Landesregierung von Nordrhein-Westfalen
Z. Hd. Herrn Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers

Stadttor 1
40219 Düsseldorf

Werstener Dorfstr. 187
40591 Düsseldorf

Tel. 0211-39 57 63/Fax,02964-945459
Seiten: www.Ostpreussen-NRW.de
E-Post: Buero@Ostpreussen-NRW.de

Post: Buchenring 21
59929 Brilon

Datum: 19.03.2009

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

auf der Delegierten-Versammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW, am 14. März 2009 in Oberhausen, wurde folgende Erklärung erarbeitet. Wir bitten Sie um Berücksichtigung.

Erklärung an die Landesregierung **Zur Kenntnis an die Fraktionsvorsitzenden des Landtages.**

Die Landesversammlung der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen hat mit Unverständnis davon erfahren, daß die Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf den Lehrstuhl für Kulturgeschichte der Deutschen im östlichen Europa aufgeben will. Sie weist darauf hin, daß Bund und Länder nach dem Bundesvertriebenengesetz zwingend verpflichtet sind, Wissenschaft und Forschung zur Vertreibung, zu den Vertriebenen und zu den Kulturleistungen der Ost- und Sudetendeutschen zu fördern.

Die Landesversammlung fordert die Landesregierung und insbesondere den zuständigen Minister für Wissenschaft und Forschung auf, ihrer Verpflichtung nach dem Bundesvertriebenengesetz nachzukommen und unter Ausschöpfung ihrer hochschulpolitischen Befugnisse die Heinrich-Heine-Universität zu veranlassen, den Lehrstuhl für Kulturgeschichte der Deutschen im östlichen Europa weiterzuführen, und dies finanziell zu ermöglichen. Auch die Heinrich-Heine-Universität als Landeseinrichtung steht in der Verpflichtung des Bundesvertriebenengesetzes. Sollte sie nicht mehr der geeignete Ort für einen solchen Lehrstuhl sein, muß die Landesregierung für seine Einrichtung an einer anderen Universität des Landes Sorge tragen. Es ist nicht hinnehmbar, daß die Bedeutung der Geschichte und Kultur der Deutschen im Osten keinen Platz mehr in Lehre und Forschung an Universitäten des Landes NRW finden soll. Dies ist nicht zuletzt im Hinblick auf den erforderlichen Geschichtsunterricht in den Schulen unvertretbar.

Oberhausen, den 14. März 2009

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zauner
Landesgruppenvorsitzender